

#18 / 2022



ISSN 0344-919X

Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft

G 4120

Game on!



Gamesbranche. Der Wettkampf in Computer- und Videospielen – genannt E-Sport – gewinnt immer mehr Fans für sich. Die Umsätze der Branche schießen in die Höhe und liegen mittlerweile im Milliardenbereich. Die rasante Entwicklung im E-Sport steht sinnbildlich für den gesamten Gaming-Sektor, der Jahr für Jahr Rekordumsätze vermeldet. Die Branche ist außerdem seit jeher äußerst innovativ: Sie ist beispielsweise die Keimzelle des aufkommenden und viel diskutierten Metaverse, einer virtuellen 3-D-Welt. Die weitere Entwicklung des Metaverse bietet auch für deutsche Unternehmen große Chancen. —— Seiten 2-6

Energiepreise

Sollten die Preise für Erdgas und Öl weiter steigen, muss Deutschland mit erheblichen Wohlstandsverlusten und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit rechnen.

→ Seiten 8-9

China

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands von China ist zuletzt noch größer geworden – bei einem Handelskonflikt wären die Auswirkungen dramatisch.

──→ Seiten 12–13

1. September 2022 / #18 / Seite 2 E-Sport iwd

Zocken vor Millionen um Millionen

E-Sport. Ob das kompetitive Spielen von Computer- und Videospielen als offizielle Sportart gelten darf, wird hitzig diskutiert. Fakt ist: Der E-Sport ist ein Massenphänomen geworden. Zuschauerzahlen, Umsätze und Preisgelder in der Branche steigen immer weiter.

Im Februar 2022 veröffentlichte Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker in der Sportzeitschrift "Kicker" einen Gastbeitrag, in dem sie für die Anerkennung des E-Sports als offizielle Sportart warb. Der E-Sport sei Teil der realen Sportwelt mit erheblichem sozialen und wirtschaftlichen Potenzial, so der Tenor. Es gab viel Zustimmung – aber auch viel Kritik.

In einer repräsentativen Befragung des Verbands der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche im September 2020

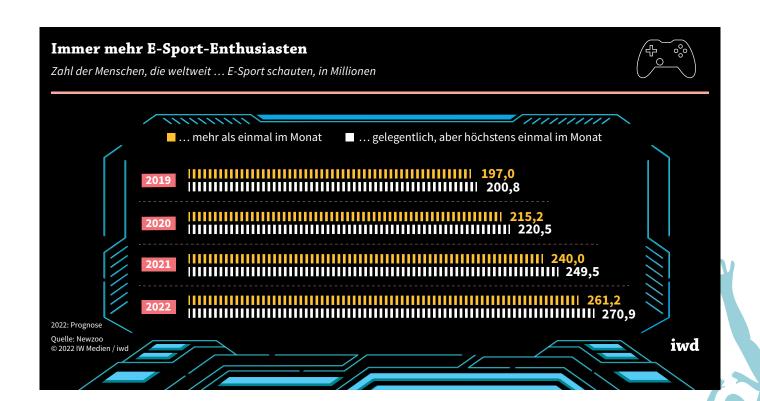
gab ein Drittel der Befragten an, dass E-Sport für sie eine normale Sportart sei. Die Gegenseite verweist gerne auf die ablehnende Position des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB), für den E-Sport nicht unter das Dach des organisierten Sports passt.

Nur mit einer Anerkennung könnten sich aber auch im Amateurbereich neue Vereine gründen – denn solange der Wettkampf vorm Bildschirm nicht offiziell als Sport deklariert wird, besitzt dieser nicht den Status der Gemeinnützigkeit. Auch bestehende Klubs würden davon profitieren und könnten eigene E-Sport-Sparten bilden.

Ganz egal, ob Sport oder kein Sport – der E-Sport steckt schon lange nicht mehr in der Nische für Nerds, sondern ist ein Massenphänomen mit immer weiter steigenden Zuschauerzahlen geworden (Grafik):

Rund 490 Millionen Menschen schauten im Jahr 2021 E-Sport-Veranstaltungen – das waren knapp 6 Prozent der Weltbevölkerung.

Während im Jahr 2019 weltweit 197 Millionen Menschen mehrmals



iwd E-Sport 1. September 2022 / #18 / Seite 3

pro Monat professionellen Gamern beim Zocken zusahen, waren es im vergangenen Jahr schon 240 Millionen – ein Plus von rund einem Fünftel. Die Zahl der gelegentlichen Zuschauer stieg im gleichen Zeitraum um fast ein Viertel. Allein auf Twitch, der größten Livestreaming-Plattform für Games, schauten die Fans 2021 insgesamt fast 20 Milliarden Stunden E-Sport.

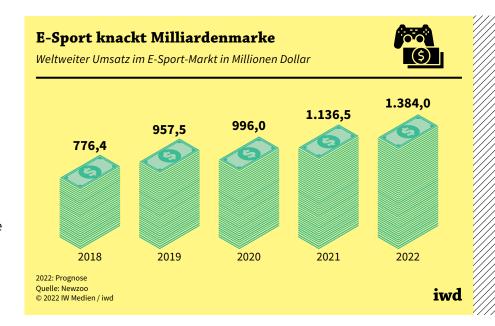
Mit dem zunehmenden Interesse steigen auch die Umsätze der Branche (Grafik):

Im Jahr 2021 betrug der weltweite Umsatz im E-Sport-Markt rund 1,1 Milliarden Dollar. Das waren gut 140 Millionen mehr als 2020.

Laut Prognosen könnte der Umsatz in diesem Jahr auf nahezu 1,4 Milliarden Dollar klettern. Dann hätte er sich seit 2018 fast verdoppelt. Allein 42 Prozent des Umsatzes werden in Asien erzielt, auf Europa und Nordamerika entfällt jeweils ein Viertel.

Das mit Abstand meiste Geld im E-Sport-Markt fließt durch Sponsoren- und Werbegelder, sie vereinten 2021 rund 60 Prozent des weltweiten Umsatzes auf sich. Der Verkauf der Medien- und Übertragungsrechte war mit 15 Prozent Anteil die zweitgrößte Einnahmequelle. In der Branche gängig ist zudem, dass Spielehersteller Geld an Unternehmen zahlen, damit diese Turniere ausrichten. Die Einnahmen daraus summierten sich auf rund ein Zehntel des Gesamtumsatzes. Die Verkäufe von Tickets für Live-Events und Merchandise-Artikeln machen dagegen bislang nur einen kleinen Prozentsatz aller Einnahmen aus.

Neben dem Umsatz schießen auch die Preisgelder in die Höhe. Bei großen Turnieren in den beliebtesten Spielen liegen die ausgezahlten Summen mittlerweile regelmäßig im siebenstelligen Bereich. Im bislang



höchstdotierten E-Sport-Wettbewerb der Welt, dem Dota-2-Turnier "The International 2021", ging es für die Spieler um ein Gesamtpreisgeld von rund 40 Millionen Dollar.

Bei solchen Summen hält das Klischee des Gamers, der in seinem verdunkelten Zimmer vor dem Computer hockt und sich von Chips und Cola ernährt, der Realität längst nicht mehr stand. Ernährungsberatung, Leistungsdiagnostik, Fitnessund Athletiktraining sowie sportpsychologische Betreuung gehören nicht mehr nur zum Alltag von Leistungssportlern, sondern auch zu dem von professionellen Gamern.

Ein Beispiel, wie die Grenzen zwischen traditionellem und E-Sport zunehmend verschwimmen, liefert der Profifußball. So verankerte die Deutsche Fußball Liga im Sommer dieses Jahres die Virtual Bundesliga (VBL), einen Online-Spielmodus der Fußballsimulation FIFA, als weiteren Wettbewerb in ihren offiziellen Liga-Statuten.

Demnach gehört es ab der Saison 2023/24 für alle Erst- und Zweitligisten zur Lizenzierungsordnung, ein eigenes E-Sport-Team in der VBL zu stellen, um virtuell gegeneinander antreten zu können. Darüber hinaus müssen die Vereine eine hauptamtlich beschäftigte Person mit E-Sports-Verantwortung benennen und eine Hauptspielstätte mit der erforderlichen technischen Ausstattung betreiben.

Unabhängig von der Vorschrift erfüllten in der abgelaufenen Saison bereits 26 der 36 Erst- und Zweitligisten diese Anforderungen. Auch über den Betrieb von FIFA-Teams hinaus nutzen Klubs den E-Sport für ihr Marketing und als potenzielle zusätzliche Einnahmequelle. So verkaufte der finanziell angeschlagene FC Schalke 04 im vergangenen Jahr nach dem Abstieg aus der Ersten Bundesliga seinen Startplatz in der europäischen E-Sport-Profiliga für das Spiel "League of Legends" für 26,5 Millionen Euro.

Der E-Sport ist im Profifußball also mittlerweile fest verankert. Im Amateurbereich müssen Vereine weiter darauf warten, dass der digitale Wettkampf als offizieller Sport anerkannt wird. Hoffnungen macht ihnen der Koalitionsvertrag: Darin haben SPD, Grüne und FDP festgeschrieben, E-Sport gemeinnützig machen zu wollen.

Verschwimmende Grenzen

Virtual Reality. Die Entwicklung einer digitalen und umfassenden 3-D-Welt, wie sie das Metaverse verspricht, steckt noch in den Kinderschuhen. Unternehmen in Deutschland könnten aber einen wichtigen Teil zur Entstehung beitragen und selbst davon profitieren, wie eine IW-Analyse zeigt.

Im Oktober 2021 nannte sich der US-amerikanische Technologiekonzern Facebook in Meta um. Damit trug er der Vision von Gründer Mark Zuckerberg Rechnung, mit dem sogenannten Metaverse den nächsten Schritt in der Entwicklung von Social Media zu gehen. Hinter dem Namen steckt die Idee einer digitalen und rundum dreidimensionalen Welt, in der die zahlreichen, bislang voneinander getrennten Dienstleistungen im Internet gebündelt genutzt und erlebt werden können.

Um das zu ermöglichen, sollen die Nutzer im digitalen Raum mit einem einzigen virtuellen Selbst – ihrem Avatar – agieren können. Schluss mit zahlreichen Accounts und Zugangsdaten. Mit dem Avatar soll nahtloses Wechseln zwischen Bereichen wie Gaming, Shopping, Social Media und Arbeit möglich werden.

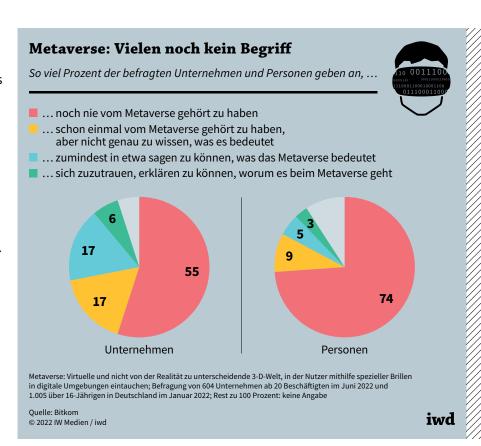
Das Spannendste für die User: Sie tauchen in virtuelle 3-D-Welten ein, die Grenze zur Realität verschwimmt. Schluss mit simplem Starren auf 2-D-Bildschirme – so zumindest die Theorie.

Dabei helfen spezielle Brillen oder Headsets, die einen vollends virtuellen 360-Grad-Rundumblick zeigen oder einzelne digitale Informationen oder Objekte in das Sichtfeld projizieren. Während es solche Virtual-Reality-Brillen schon gibt, steht die Entwicklung der nächsten Generation des Internets – wie das Metaverse gerne angepriesen wird – noch am Anfang.

Das größte Problem ist die Kapazität: Um tatsächlich eine täuschend echte virtuelle Welt zu erzeugen, bräuchte es Schätzungen zufolge eine Rechenleistung, die 1.000-mal größer ist als die momentan weltweit verfügbare.

Dazu kommen rechtliche Fragen. Wenn das Metaverse verschiedene Anwendungsbereiche des Internets vereinen soll – wer setzt die dafür notwendigen Standards und Regeln? Von wem wird es aufgebaut, betrieben und kontrolliert? Welche Rechte haben die Anbieter der einzelnen Dienstleistungen? Und wie steht es um den Datenschutz der Nutzer?

Die offenen Fragen zeigen es bereits: Das Metaverse kann und sollte nicht von einem einzelnen Konzern entwickelt werden. Um die Vision zu realisieren, müssen Unter-



iwd Virtual Reality 1. September 2022 / #18 / Seite 5

nehmen branchen- und länderübergreifend zusammenarbeiten. Da das Metaverse global gedacht wird, können Unternehmen aus Deutschland daran genauso teilhaben wie große Konzerne aus Asien oder den USA. Gerade junge Unternehmen und Start-ups können mit ihrer Innovationskraft helfen.

Welche Rolle die deutsche Gründerszene bei der Entwicklung spielen kann, hat das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht. Dazu identifizierte das IW zunächst fünf Ebenen, die für den Aufbau eines Metaverse nötig sind: technische und ökonomische Infrastruktur, Hardware, Software sowie Erfahrung im virtuellen Bereich. Den Oberkategorien wurden verschiedene Unternehmensbereiche zugeordnet. Mithilfe der Datenbank crunchbase prüften die IW-Forscher anschließend, wie viele Unternehmen in Deutschland die entsprechende Expertise besitzen.

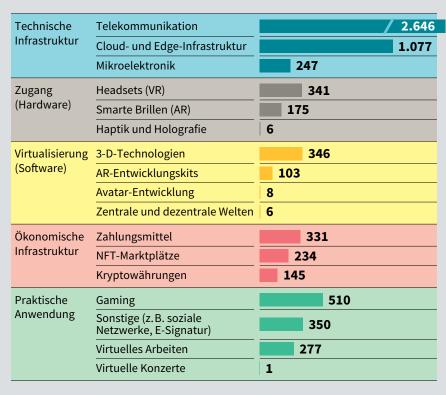
Die Datenbank deckt zwar nicht alle Unternehmen ab, bietet aber dennoch einen guten Überblick über die Potenziale in Deutschland (Grafik):

Im für die Entwicklung des Metaverse relevanten Unternehmensbereich der technischen Infrastruktur sind in Deutschland viele Firmen aktiv. Im Vergleich schlecht abgedeckt ist das Tätigkeitsfeld der Software-Entwicklung zur Virtualisierung.

Besonders in der Telekommunikation und der Cloud-Infrastruktur sind viele deutsche Unternehmen kompetent. Wichtig ist zudem die Erfahrung im Gamingsektor. Denn diese Branche treibt indirekt den Fortschritt in anderen Bereichen voran – beispielsweise, wenn VR-Techniken für Games oder Chips für die steigenden Leistungsanforderungen der Spielekonsolen weiterentwickelt werden müssen.

Metaverse-Entwicklung: Expertise deutscher Unternehmen

Ungefähre Zahl der Unternehmen mit Hauptsitz in Deutschland, die in diesen für das Metaverse relevanten Bereichen aktiv sind



Metaverse: Virtuelle und nicht von der Realität zu unterscheidende 3-D-Welt, in der Nutzer mithilfe spezieller Brillen in digitale Umgebungen eintauchen; ein Unternehmen kann mehreren Bereichen zugeordnet werden; VR: Virtual Reality; AR: Augmented Reality; NFT: Non-Fungible Token – nicht austauschbarer digitaler Vermögenswert

Quellen: crunchbase, Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd iwd

Trotz der intensiven Bemühungen des Meta-Konzerns ist das Konzept des Metaverse in der Gesellschaft allerdings noch nicht allzu bekannt. Das zeigt eine Befragung des Branchenverbands der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche (Grafik Seite 4):

Rund drei Viertel der befragten Bundesbürger haben noch nie vom Metaverse gehört. Nur 3 Prozent trauen sich zu, es erklären zu können.

Auch mehr als die Hälfte der Unternehmen kann mit dem Begriff nichts anfangen. Nur 6 Prozent sehen sich in der Lage, ihn zu erklären.

Trotzdem gibt etwa ein Drittel der befragten Menschen an, das Metaverse spannend zu finden und es ausprobieren zu wollen. Sollte dessen Entwicklung tatsächlich fortschreiten, wird es daher wichtig sein, die Wirtschaft in Deutschland rechtzeitig und umfassend über Funktionsweisen und Vorteile zu informieren. Insbesondere jene Unternehmen, die bereits in für das Metaverse relevanten Bereichen aktiv sind, könnten eine international bedeutende Rolle bei der Entwicklung einnehmen.

IW-Report 42/2022

Jan Büchel, Hans-Peter Klös: Metaverse: Hype oder "next big thing"? iwkoeln.de/metaverse 1. September 2022 / #18 / Seite 6 Computer- und Videospiele iwd

Globale Spielfreude

Computer- und Videospiele. Jedes Jahr aufs Neue vermeldet die Gamesbranche Rekordumsätze. Lange Zeit waren Hardware-Verkäufe die stärkste Einnahmequelle, doch mittlerweile fließt in einem anderen Marktsegment das meiste Geld.

Zocken am Computer oder an der Konsole – in Deutschland greifen laut dem Fachverband der Branche rund 59 Prozent der Menschen zwischen sechs und 69 Jahren zumindest gelegentlich zu Controller, Maus und Tastatur. Auch zur Gamescom, der größten Messe für Games aller Art, strömten in diesem Jahr wieder Hunderttausende Besucher.

Erstmals seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie konnten die Gaming-Begeisterten auf der diesjährigen Gamescom wieder in Köln vor Ort neue Spiele ausprobieren und sich in der Community austauschen. Der Beliebtheit von Computer- und Videospielen tat die Pandemie keinen Abbruch. Im Gegenteil: Bei zeitweise geschlossenen Sportanlagen, Kinos und Bars wendeten sich viele Menschen dem Gaming als neue Freizeitbeschäftigung zu.

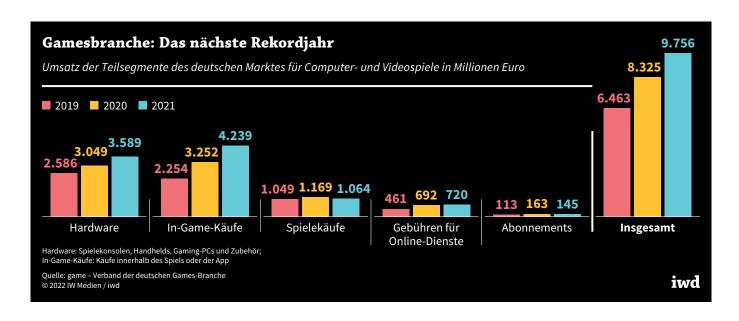
Dementsprechend befindet sich die Gamesbranche im Dauerboom und vermeldet immer neue Rekordumsätze. Im Jahr 2021 nahm der Sektor weltweit schätzungsweise 180 Milliarden Dollar ein. Zum Vergleich: Das entspricht in etwa dem Bruttoinlandsprodukt Ungarns.

Knapp mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes wird in China und den USA generiert. Innerhalb der EU ist Deutschland der umsatzstärkste Markt, auch hierzulande findet die Begeisterung für Computer- und Videospielen kein Ende (Grafik):

Der Umsatz der deutschen Gamesbranche stieg im Jahr 2021 auf fast 9,8 Milliarden Euro. Das waren rund 17 Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 2020.

Stärkste Einnahmequelle der Branche sind die In-Game-Käufe – gegen Geld können Gamer innerhalb eines Spiels beispielsweise neue Charaktere und Fähigkeiten erhalten, aber auch schneller und einfacher Erfolge erzielen. Der Umsatz durch solche Käufe hat sich zwischen 2019 und 2021 fast verdoppelt und belief sich im vergangenen Jahr bereits auf 43 Prozent des Gesamtmarktes. Dem Umsatz mit Verkäufen von Hardware wie Spielekonsolen oder Gaming-PCs, über viele Jahre hinweg Spitzenreiter, bleibt inzwischen nur noch

Zunehmend reagieren Konsolenhersteller auf die Branchentrends und passen ihre Finanzierungsmodelle an. So führen sie beispielsweise gebührenpflichtige Abonnements ein, die den Nutzern den Zugang zu Spiele-Mediatheken ermöglichen. Die Umsätze damit machen bislang aber nur einen kleinen Teil des Gesamtmarktes aus.



iwd Schweden 1. September 2022 / #18 / Seite 7

Königreich der Sonderwege

Schweden. Am 11. September wählt die schwedische Bevölkerung ihren Reichstag neu. Die Wahl von 2018 hatte zwar keine dauerhaft stabile Regierung hervorgebracht, wirtschaftlich erfolgreich ist das Land mit seinen knapp 10,4 Millionen Einwohnern dennoch. Und mit Blick auf erneuerbare Energiequellen gilt es als Vorreiter.

Die parlamentarische Monarchie Schweden ist seit 1995 Teil der EU. Bald dürfte das Land zudem Mitglied der NATO werden – formell hat das Verteidigungsbündnis Schweden eingeladen und die Skandinavier haben den entsprechenden Antrag gestellt. Denn seit Russland die Ukraine überfallen hat, ist die Stimmung in Schweden gekippt. Statt auf Neutralität setzt man nun auf enge militärische Bande mit dem Westen.

Der wiederum blickt interessiert in den Norden, denn in Schweden läuft einiges anders. So hatte sich der Staat entschieden, in der Corona-Pandemie auf harte Lockdown-Maßnahmen zu verzichten – Freiwilligkeit war das Gebot der Stunde. Zumindest aus wirtschaftlicher Sicht zahlte sich das aus (Grafik):

2020 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Schwedens um lediglich 2,2 Prozent, während das deutsche um 5 Prozent nachgab.

Das BIP pro Kopf liegt in Schweden aktuell um fast ein Viertel über dem EU-Durchschnitt.

Der Arbeitsmarkt ist derweil nicht frei von Problemen. Denn während die Nachfrage nach qualifiziertem Personal hoch ist, finden jene mit niedriger Qualifikation laut Analyse der EU-Kommission oft keinen Job. Die Arbeitslosenquote steigt seit Jahren, 2021 lag sie bei 8,8 Prozent.

Neidisch blickt Europa indes auf Schwedens Energiesektor. Der Anteil erneuerbarer Energien ist hoch, die Abhängigkeit von Russland minimal:

Im Energiemix kommt Erdgas in Schweden auf lediglich 3 Prozent, von den entsprechenden Importen stammen nur 13 Prozent aus Russland. Erdöl macht zwar mit 18 Prozent einen größeren Anteil an der Energieversorgung aus, aber auch hier ist die Abhängigkeit von Russland überschaubar.

Ohnehin hat sich Schweden ambitionierte Klimaziele gesetzt – bis 2040 will es seine Energie zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen gewinnen, ab 2045 per saldo kein Kohlendioxid mehr ausstoßen. Das Land stößt dabei allerdings auf ähnliche Probleme wie Deutschland: Das Stromnetz muss ausgebaut werden, um beispielsweise Energie, die im Norden aus Wasserkraft gewonnen wird, bis in den bevölkerungsreichen und wirtschaftsstarken Süden zu transportieren.

Infrastrukturprojekte sind also eine der Aufgaben für die neue Regierung, die am 11. September gewählt wird – so es denn nach der Wahl überhaupt zu klaren Machtverhältnissen kommt. Das Besondere in Schweden: Ein Regierungschef muss nicht von der Mehrheit des Parlaments gewählt werden. Er reicht, wenn ihn nicht mehr als 50 Prozent der Abgeordneten ablehnen. Minderheitsregierungen sind daher nicht ungewöhnlich.

Schweden in Zahlen				
	2018	2019	2020	2021
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,0	2,0	-2,2	5,1
BIP je Einwohner um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU-27 = 100	119,8	118,6	124,1	124,2
Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,0	1,7	0,7	2,7
Arbeitslosenquote in Prozent	6,5	7,0	8,5	8,8
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	2,7	5,5	5,9	5,3
Quellen: EU-Kommission, Eurostat © 2022 IW Medien / iwd				iwd

Teures Gas kostet Wohlstand

Energiepreise. Die ohnehin durch die Corona-Pandemie gebeutelte Wirtschaft in Deutschland und Europa wird durch die Folgen des Kriegs in der Ukraine zusätzlich geschwächt. Steigt der Gaspreis weiter, drohen erhebliche Wohlstandsverluste und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie eine Simulationsrechnung des IW zeigt.

Gut zweieinhalb Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie sind in vielen Ländern Europas die wirtschaftlichen Einbußen durch Lockdowns, Lieferengpässe und weitere Störfaktoren noch nicht wettgemacht – zumal krankheitsbedingte Ausfälle von Arbeitnehmern und die harte Corona-Politik Chinas eine Normalisierung der globalen Wirtschaft nach wie vor erschweren. Die Folge:

Im Schnitt der 27 EU-Staaten lag das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2022 nur knapp über dem Wert des vierten Quartals 2019.

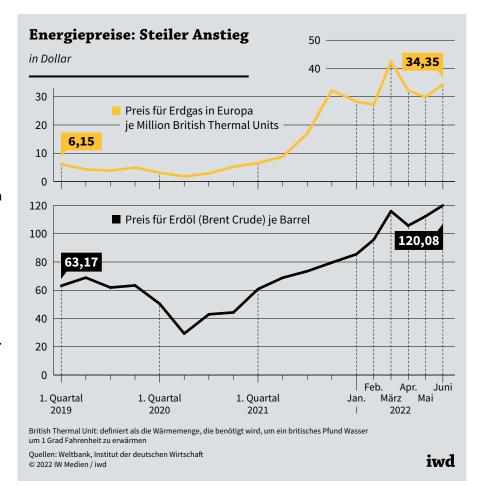
Andere zentrale Kennziffern wie die Industrieproduktion oder die privaten Konsumausgaben erreichten im EU-Schnitt ebenfalls gerade mal das Vor-Corona-Niveau oder verfehlten es sogar.

Und statt sich allmählich weiter zu erholen, müssen die europäischen Volkswirtschaften nun noch die ökonomischen Auswirkungen des russischen Kriegs gegen die Ukraine verkraften. Der derzeit größte Belastungsfaktor sind die drastisch gestiegenen Energiepreise (Grafik):

Im Juni 2022 mussten die Kunden am Gasmarkt in Europa für jede Wärmemengeneinheit rund achtmal so viel bezahlen wie drei Jahre zuvor.

Auch Rohöl hat sich zuletzt deutlich verteuert – ein Barrel kostete im Juni nahezu doppelt so viel wie vor einem Jahr. Der Energiepreisanstieg bereitet nicht nur den privaten Haushalten Kopfzerbrechen, er treibt zugleich die Kosten der Unternehmen in die Höhe. Dadurch schnellen in Europa auch allgemein die Preise nach oben:

Im EU-Durchschnitt waren die Verbraucherpreise im Juni 2022 fast 10 Prozent höher als ein Jahr zuvor – in mehr als 15 Ländern Europas überschritt die Inflationsrate die 10-Prozent-Marke. Die wesentliche Ursache für die Preisschocks ist, dass Russland seit Beginn des Kriegs seine Energielieferungen an die EU-Staaten als taktische Waffe einsetzt – vor allem russisches Gas fließt willkürlich nur noch in geringer Menge oder zeitweise fast gar nicht gen Westen. Das Problem: Bislang sind viele EU-Länder auf Energie aus Russland angewiesen – so bezogen Estland, Finnland, Bulgarien und Lettland

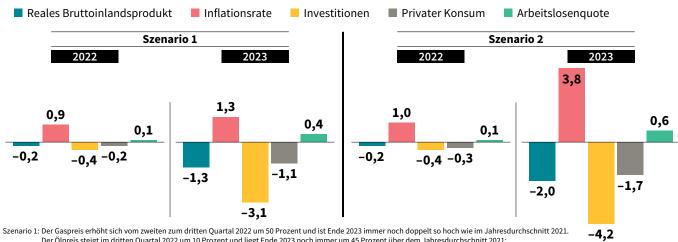


Energiepreise 1. September 2022 / #18 / Seite 9 iwd

Gaspreis-Anstieg: Düstere Szenarien für die deutsche Wirtschaft

Ausgangspunkt der Simulation ist ein Basisszenario. Es unterstellt, dass der Gaspreis bis Ende 2023 um etwa 30 Prozent und der Ölpreis um etwa 20 Prozent gegenüber dem jeweiligen Ausgangswert vom zweiten Quartal 2022 sinkt.

Veränderung zentraler Wirtschaftsindikatoren gegenüber dem Basisszenario in Prozent (reales Bruttoinlandsprodukt, Investitionen und privater Konsum) beziehungsweise in Prozentpunkten (Inflationsrate und Arbeitslosenquote)



Der Ölpreis steigt im dritten Quartal 2022 um 10 Prozent und liegt Ende 2023 noch immer um 45 Prozent über dem Jahresdurchschnitt 2021;

Szenario 2: Der Gaspreis verdoppelt sich im dritten Quartal 2022, bleibt 2023 auf diesem Niveau und ist am Jahresende viermal so hoch wie im Jahresdurchschnitt 2021. Der Ölpreis steigt im dritten Quartal 2022 um 30 Prozent und liegt Ende 2023 um etwa 72 Prozent über dem Schnitt von 2021

Ouellen: Oxford Economics/Haver Analytics, Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

iwd

2021 fast 100 Prozent ihrer Gasimporte aus Russland, in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern lag der Anteil über 50 Prozent.

Dies gilt auch für Deutschland, das zudem durch seinen hohen Industrieanteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung mit Blick auf die hohen Energiekosten besonders verwundbar ist.

Die jüngste Entwicklung an den Energiemärkten legt zudem nahe, dass beim Gaspreisanstieg das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Vor diesem Hintergrund hat das IW in zwei Szenarien berechnet, wie sich ein weiterer Anstieg des Gaspreises auf wichtige Kennziffern der deutschen Wirtschaft auswirken könnte. Die Ergebnisse (Grafik):

Steigt der Erdgaspreis im dritten Quartal gegenüber dem optimistischeren Basisszenario um 50 Prozent, würde das Bruttoinlandsprodukt 2022 um 0,2 Prozent und 2023 um 1,3 Prozent geringer ausfallen.

Verdoppelt sich der Gaspreis, würde dies die Wirtschaftsleistung

in Deutschland im kommenden Jahr sogar um 2 Prozent drücken die Einbußen betrügen dann insgesamt 70 Milliarden Euro.

Zu diesen Effekten trägt auch bei, dass beide Szenarien einen weiter steigenden Rohölpreis unterstellen.

Der Simulationsrechnung zufolge würde sich die Inflationsrate in Deutschland nochmals erhöhen - im schlechtesten Fall ergibt sich für 2023 eine Steigerung um 3,8 Prozentpunkte gegenüber dem Basisszenario. Die Investitionen würden im pessimistischeren Szenario um 4,2 Prozent geringer ausfallen, der private Konsum um 1,7 Prozent.

Die verschlechterte Wirtschaftslage dürfte sich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen:

Eine weitere Verdoppelung des Gaspreises gegenüber dem Basisszenario könnte in diesem Jahr etwa 30.000 und 2023 mehr als 300.000 Arbeitsplätze kosten.

Die von der Bundesregierung angekündigte Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Gas von 19 auf

7 Prozent ist in den Simulationsrechnungen nicht berücksichtigt und könnte die Ergebnisse etwas aufhellen. Auf der anderen Seite könnten die Wirtschaftsdaten noch schlechter ausfallen, wenn Gaslieferungen komplett ausbleiben und Ausfälle auf allen Stufen der industriellen Produktion drohen.

Festzuhalten ist, dass alle Szenarien keine Prognosen darstellen und die weitere Entwicklung auf den Energiemärkten äußerst unsicher ist. Klar ist aber, dass die Politik handeln muss – und zwar nicht allein auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene. Denn die Herausforderung, die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu verringern und dabei den wirtschaftlichen Zusammenhalt der EU nicht zu gefährden, können die Staaten nur gemeinsam bewältigen.

IW-Report 40/2022

Michelle Koenen, Gero Kunath, Thomas Obst: Europa an der Schwelle zur Rezession? iwkoeln.de/europa_rezession

Satte Rabatte

Steuersystem. Die Gaspreise sind hoch wie nie, die Bundesregierung will deshalb die Mehrwertsteuer auf Erdgas von 19 auf 7 Prozent senken. Ein Blick ins Steuergesetz zeigt, dass es beim Gasverbrauch schon lange erhebliche Steuerbegünstigungen für bestimmte Wirtschaftsbereiche gibt. Und nicht alle sind noch gut zu begründen.

Im Jahr 2021 hat Deutschland 1.016 Terawattstunden Gas verbraucht. Für 447 Terawattstunden gewährte der deutsche Staat Steuervergünstigungen. Lässt man jene kleinen Gasmengen außer Acht, die aus steuerlichen Gründen noch rückwirkend für Vorjahre steuerbegünstigt wurden, gilt: Rund 44 Prozent des deutschen Gasverbrauchs waren 2021 rabattiert – indem zum Beispiel für einen bestimmten Herstellungsprozess nur ein reduzierter Steuersatz fällig wurde.

Eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft beziffert die Steuernachlässe auf 2,1 Milliarden Euro. Deutlich mehr als die Hälfte des rabattierten Gasverbrauchs entfiel auf nur einen Bereich (Grafik):

Über 240 Terawattstunden Gas, die 2021 für die Stromerzeugung verwendet wurden, waren steuerbegünstigt.

Daneben profitierten vornehmlich Branchen des Produzierenden Gewerbes wie die Metallindustrie.

Für die IW-Ökonomen sind Steuernachlässe und Subventionen auf Gas ein zweischneidiges Schwert, und zwar aus zwei Gründen:

Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmen, die viel Gas benötigen, sind preissensibel. Würden sie in Deutschland zu viel zahlen müssen, wären sie international nicht länger wettbewerbsfähig und müssten sich einen günstigeren Standort suchen, was hierzulande Jobs und Wohlstand kosten würde.

Entsprechend ist es sinnvoll, dass der Staat den Gas-Vielverbrauchern auch künftig steuerlich entgegenkommt. Zudem würde es sonst zur Unzeit zu einem weiteren Preisschock für das Produzierende Gewerbe kommen – mit unkalkulierbaren Folgen.

Energiewende. Erdgas gilt als Brückentechnologie, denn gasbetriebene Anlagen zur Stromerzeugung können schnell hochfahren, wenn Wind- und Sonnenkraft ausbleiben. Allerdings besteht die Gefahr, dass der ökonomische Druck durch die Vergünstigungen geringer ist, alternative, grüne Methoden zur Stromgewinnung zu entwickeln und auszubauen.

Deshalb sollte der Bund hinterfragen, ob Rabatte und Subventionen für Strom aus Gas noch zeitgemäß sind. Durch sie sind die Preise am Strommarkt verzerrt und der Umstieg auf umweltfreundlichere Technologien wird verschleppt. Das Geld, auf das der Staat bislang verzichtet, könnte er stattdessen nutzen, um alternative Stromquellen noch stärker zu fördern.

Erdgas: Oft steuerbegünstigt So viele Terawattstunden Erdgas, die in diesem Bereich in Deutschland verbraucht wurden, waren 2021 steuerbegünstigt 240 Stromerzeugung Metallerzeugung und -bearbeitung 33 Herstellung von Glas, Keramik und 30 ähnlichen Waren Sonstiges Produzierendes Gewerbe 106 Verbrauchtes 14 Anlagen zur Kraft- und Wärmeerzeugung **Erdgas** insgesamt Erdgas als Kraft-/Heizstoff oder 5 zu deren Herstellung 1.016 19 Sonstiges 447 Steuerbegünstigtes Erdgas insgesamt Steuerbegünstigt: zum Beispiel ein reduzierter Steuersatz oder ein nicht zu versteuernder Anteil des Gesamtverbrauch Quellen: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Statistisches Bundesamt iwd © 2022 IW Medien / iwd

IW Kurzbericht 69/2022

Melinda Fremerey, Simon Gerards Iglesias: Steuerbegünstigungen für Gas in Zeiten von Gasmangel iwkoeln.de/gas-steuerbeguenstigungen iwd Alterssicherung 1. September 2022 / #18 / Seite 11

Keine Angst vorm Ruhestand

Alterssicherung. Wer sich künftig selbstständig macht, soll sich zur Altersvorsorge verpflichten – das sieht der Koalitionsvertrag der Ampelregierung vor. Doch die Sorge um den Ruhestand ist in der Gruppe der Selbstständigen nicht höher als bei den übrigen Beschäftigten.

Schätzungsweise drei Millionen Selbstständige in Deutschland können – im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen – frei entscheiden, ob und wie sie für ihren Ruhestand vorsorgen. Dies führt immer wieder zu Kritik und einer Forderung nach einer Versicherungspflicht für Selbstständige. Kritiker fürchten, dass viele Selbstständige im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sein könnten, ohne zuvor ins Rentensystem eingezahlt zu haben. So sieht auch der Koalitionsvertrag der Ampelparteien für neue Selbstständige eine verpflichtende Altersvorsorge vor. Eine solche Regelung greift allerdings erheblich in die individuelle Lebensplanung ein und könnte wichtige Faktoren übersehen:

Selbstständige können zum Beispiel erst spät in die Altersvorsorge investieren, wenn das Kapital für den Ruhestand etwa aus dem Verkauf ihres Unternehmens generiert werden soll.

Demnach ist es für die Politik wichtig zu wissen, in welchem Maß sich diese Gruppe überhaupt Sorgen um ihre finanzielle Zukunft macht. Aufschluss geben die Daten des Sozio-oekonomischen Panels, die das Institut der deutschen Wirtschaft ausgewertet hat (Grafik):

Im Jahr 2020 hatten 20 Prozent der Selbstständigen mit Angestellten und 21 Prozent der Solo-Selbstständigen Angst vor ihrer finanziellen Situation im Alter. Damit liegt das Sorgenniveau der Selbstständigen noch unter dem Durchschnitt der übrigen Beschäftigten (22 Prozent).

Nun könnte es sein, dass die unterschiedliche Zusammensetzung der beiden Gruppen tatsächliche Abweichungen beim Sorgenniveau kaschiert. Schließlich sorgen sich Frauen stärker um ihre Altersvorsorge, gründen aber deutlich seltener Unternehmen als Männer:

Rund 64 Prozent aller Selbstständigen sind männlich.

Doch auch wenn Geschlecht, Alter oder Region berücksichtigt werden, unterscheidet sich das Sorgenniveau der Selbstständigen nicht von dem der übrigen Beschäftigten.

Dass die Selbstständigen insgesamt recht entspannt aufs Alter blicken, ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Befragung im Corona-Jahr 2020 stattfand. Besonders im ersten Lockdown litten viele Solo-Selbstständige unter den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einschränkungen, die ihre unternehmerische Tätigkeit hemmten. Doch:

Die Sorge um die Altersvorsorge ist 2020 im Vergleich zu den Jahren vor der Pandemie so gut wie unverändert geblieben.

Möglicherweise wurden 2020 die Zukunftssorgen von den akuten Problemen der Corona-Krise verdrängt. Fest steht jedenfalls: Die Absicherung im Alter bereitet den meisten Selbstständigen keine Sorgen.

Alterssicherung: Keine große Angst bei Selbstständigen So viel Prozent der ... in Deutschland machen sich große Sorgen um ihre Altersversorgung ... nicht selbstständig Beschäftigten ... Selbstständigen ohne Angestellte ... Selbstständigen mit Angestellten Befragung von 21.347 Beschäftigten zwischen 18 und 65 Jahren, davon 1.573 Selbstständige im Jahr 2020 Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft iwd © 2022 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 65/2022

Ruth Maria Schüler: Alterssicherung: Sorgen der Selbstständigen unauffällig iwkoeln.de/alterssicherung 1. September 2022 / #18 / Seite 12 China iwd

Viele Worte, keine Taten

China. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von China reduzieren – das predigen Politik und Wirtschaft in Deutschland seit geraumer Zeit. Doch die Realität sieht anders aus: Noch nie waren die Direktinvestitionen deutscher Firmen im Reich der Mitte so hoch, Gleiches gilt für die Importe. Sollte es zu einem wirtschaftlichen Konflikt mit China kommen, droht einigen Unternehmen womöglich sogar die Pleite.

Deutschland ist wirtschaftlich abhängig von anderen Ländern. Das zeigt die Gaskrise durch Russlands Krieg in der Ukraine schmerzlich. Und es droht schon das nächste Problem: Sollte China den Konflikt mit Taiwan eskalieren lassen, sind internationale Wirtschaftssanktionen gegen das bevölkerungsreichste Land der Welt wahrscheinlich. Das hätte – wie die bestehenden Russland-Sanktionen – Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft.

Aus diesem und anderen Gründen ist es verständlich, dass sich Politik und Wirtschaftsvertreter in Deutschland seit Längerem dafür aussprechen, die Abhängigkeit von China zu verringern. Unverständlich dagegen ist, dass die deutschen Unternehmen genau gegenteilig handeln. Die Tragweite des Problems zeigt eine aktuelle Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft. Gleich in mehreren Bereichen bieten die Zahlen Anlass zur Sorge, etwa bei den Investitionen (Grafik):

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 investierten deutsche Unternehmen 10 Milliarden Euro in China. Der Halbjahreswert liegt damit höher als alle Werte für die kompletten Jahre seit dem Jahr 2000. Gegenüber dem Gesamtjahr 2021 bedeutet der aktuelle Halbjahreswert einen Anstieg um 75 Prozent.

Die deutschen Unternehmen geben aber nicht nur mehr Geld für ihre geschäftlichen Aktivitäten in China aus. Beim Warenhandel zeigt die Tendenz ebenfalls in die falsche Richtung:

Während die deutschen Exporte nach China im Vergleich zu 2021 im ersten Halbjahr nur um 2,9 Prozent stiegen, legten die Importe um 45,7 Prozent zu.

Unter dem Strich kam von Januar bis Ende Juni rund ein Achtel aller deutschen Importe aus dem Reich



der Mitte – das ist der höchste jemals erreichte Anteil (Grafik oben). Auf der anderen Seite erreichten die Exporte aus Deutschland nach China anteilig nur 7,4 Prozent.

Entsprechend negativ hat sich der Handelsbilanzsaldo, also der Wert der Ausfuhren nach China abzüglich der Einfuhren nach Deutschland, entwickelt (Grafik unten):

Allein im ersten Halbjahr 2022 überstiegen die deutschen Ausgaben für Waren aus China die Einnahmen um 41 Milliarden Euro.

Nie zuvor hatte die deutsche Wirtschaft solch eine negative Handelsbilanz mit dem Reich der Mitte.

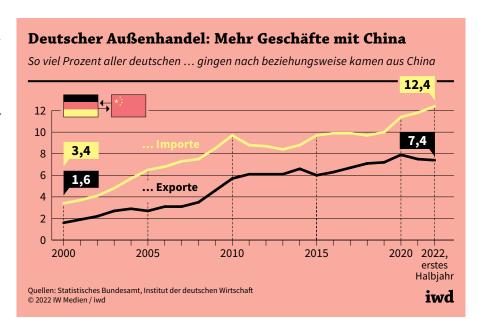
All diese Daten belegen: Die
Antwort vieler deutscher Firmen auf
die geopolitischen Risiken und den
Handelskrieg zwischen den USA und
China ist derzeit mehr China statt
weniger. Kurzfristige Gewinne
scheinen oft attraktiver, als das
langfristige Risiko einer zu großen
Abhängigkeit zu senken. Für einige
Unternehmen könnte dieses Vorgehen bei einem Handelskonflikt mit
China existenzbedrohend werden.

Die Politik ist nun gefragt, umgehend gegenzusteuern. Sie hat dabei mehrere Hebel, mit denen sie ansetzen kann.

Diversifizierung fördern. Der Aufbau von Handels- und Investitionsbeziehungen mit anderen Schwellenländern, vor allem in Asien, ist eine Möglichkeit, die Abhängigkeit von China zu reduzieren. Dazu ist eine flexiblere EU-Strategie bei Freihandelsabkommen unverzichtbar.

Staatliche Absicherung abschaf-

fen. Die deutsche Politik sollte bestehende positive Anreize für ein Engagement in China zeitnah abbauen. Dazu gehört die staatliche Absicherung von politischen Risiken durch Investitionsgarantien. Das ausverhandelte bilaterale Investitionsabkommen zwischen der EU





und China sollte außerdem nicht ratifiziert werden, weil es Investitionen in China noch weiter fördert.

Risikomanagement einfordern.

Ähnlich wie im Bankensystem braucht es auch im Geschäft mit China ein fokussiertes Risikomanagement. Es geht darum, systemische Risiken für die deutsche Volkswirtschaft zu verhindern, damit der deutsche Steuerzahler nicht mit Geld und Garantien in die Bresche springen muss, wenn es zu größeren Verlusten kommt. Die Politik sollte

Unternehmen dazu anhalten, in ihren Geschäftsberichten geopolitische Klumpenrisiken zu dokumentieren und zu bewerten sowie Notfallpläne zu erstellen. Firmen mit sehr hohen Risiken kann der Staat zudem verpflichten, Kapitalrücklagen zu bilden.

IW-Kurzbericht 68/2022

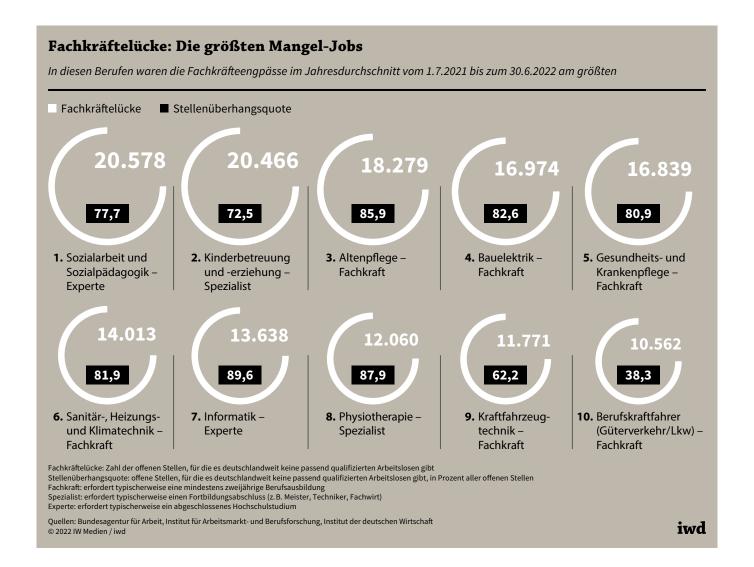
Jürgen Matthes: China-Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft – Mit Volldampf in die falsche Richtung iwkoeln.de/abhängigkeit-china

Mangel in Klischee-Jobs

Arbeitsmarkt. Von Juli 2021 bis Juni 2022 fehlten in Deutschland im Durchschnitt so viele Fachkräfte wie nie innerhalb eines Zwölfmonatszeitraums. Zu den Top-Mangelberufen gehören ausnahmslos Jobs, die entweder fast nur Frauen oder fast nur Männer wählen. Diese Erkenntnis sollten Politik und Unternehmen nutzen, um das Problem anzugehen.

Fast 538.000 qualifizierte Arbeitskräfte fehlten von Sommer 2021 bis Sommer 2022 durchschnittlich auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Das zeigt eine Auswertung des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (Kofa) auf Grundlage von Daten der Bundesagentur für Arbeit und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Und diese besorgniserregende Rekordzahl ist eher noch untertrieben, denn die Wissenschaftler nehmen für ihre Berechnungen an, dass jede offene Stelle irgendwo in Deutschland mit einer entsprechend qualifizierten Fachkraft besetzt werden kann – ganz gleich, wo im Land die sich arbeitsuchend gemeldet hat.

Doch trotz dieser unterstellten maximalen Flexibilität seitens



iwd Arbeitsmarkt 1. September 2022 / #18 / Seite 15

arbeitsloser Fachkräfte ist der Mangel in vielen Branchen riesig, so etwa in der Sozialarbeit, der Erziehung und Pflege, im Handwerk und in der Informatik (Grafik):

In der Berufsgruppe der Sozialarbeit und Sozialpädagogik gab es von Juli 2021 bis Juni 2022 im Schnitt für knapp 20.600 offene Stellen deutschlandweit keine passend qualifizierten Experten auf Jobsuche – so groß war der Mangel noch nie.

Die Kinderbetreuung mit rein rechnerisch fast 20.500 nicht zu besetzenden Stellen und die Altenpflege mit annähernd 18.300 vakanten Plätzen folgen auf dem Negativ-Treppchen.

Auch drei Handwerksberufe reihen sich in die Top Ten des Mangels ein: In der Bauelektrik, in der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie in der Kraftfahrzeugtechnik suchen viele Firmen Fachkräfte häufig vergeblich. Insgesamt, das hat eine frühere Kofa-Erhebung ergeben, fehlten im Jahr 2021 durchschnittlich 87.000 Handwerker. Bitter ist das nicht zuletzt, weil ihre Arbeit jetzt besonders gefragt ist, um die Energiewende zu meistern und die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren.

In der Informatik fehlten mit 13.600 rein rechnerisch nicht zu besetzenden Stellen ebenfalls so viele Experten wie nie. In dieser Berufsgruppe fällt es außerdem so schwer wie nirgendwo sonst, eine Arbeitskraft zu finden. Das zeigt die sogenannte Stellenüberhangsquote: Im IT-Bereich betrug die Stellenüberhangsquote zuletzt rund 90 Prozent. Das heißt, dass es hier für neun von zehn offenen Stellen bundesweit keine passenden Bewerber gab.

Die entsprechende Quote lag für fast alle Top-Ten-Mangeljobs deutlich über 50 Prozent. Einzig bei den Berufskraftfahrern sah es mit 38 Prozent vermeintlich besser aus. Dieser Job fiel zu Beginn der Corona-Pandemie aus den Top Ten. Inzwischen ist das Stellenprofil in die Liste zurückgekehrt. Und da die Beschäftigten der Branche überdurchschnittlich alt sind und es wenig Nachwuchs gibt, dürfte sich die Lücke und damit die Stellenüberhangsquote bald merklich vergrößern.

Alle zehn Berufe mit besonders großem Fachkräftemangel sind entweder typische Frauen- oder typische Männerjobs. So liegt der Frauenanteil in den fünf Berufen des Sozial- oder Gesundheitsbereichs zwischen knapp 77 Prozent für die Sozialarbeit und Sozialpädagogik und fast 87 Prozent in der Kinderbetreuung und -erziehung.

In den fünf gewerblich-technischen Berufen verhält es sich umgekehrt. Es gibt zwar immerhin knapp über 19 Prozent Informatikerinnen, aber in den anderen Jobs ist der Anteil weiblicher Beschäftigter extrem niedrig. Er liegt zwischen 0,4 Prozent in der Sanitär-, Heizungsund Klimatechnik und 4,5 Prozent in der Kfz-Technik.

Nur 16 Prozent aller offenen Stellen – das ergab eine frühere Kofa-Analyse – werden von Firmen in jenen Engpassberufen gemeldet, die geschlechteruntypisch sind, also nicht überwiegend von Frauen oder von Männern gewählt werden. Der extreme Mangel trifft demnach fast ausschließlich Jobs, für die sich in der Regel nur eine Hälfte des Nachwuchses begeistern kann.

Es könnte also helfen, wenn seitens der Bildungspolitik und der Unternehmen noch mehr getan wird, um Geschlechterklischees bei der Berufswahl aufzubrechen – zum Beispiel in der Berufsorientierung an der Schule und mit einer werbenden Ansprache, die sich nicht auf ein Geschlecht fokussiert. Zudem sollte viel stärker kommuniziert werden, wie sehr sich einst kräftezehrende körperliche Jobs dank des technischen Fortschritts gewandelt haben.

Allerdings wird all das allein nicht genügen, um die Rekordlücke zu schließen. Vielmehr gibt es weitere Stellschrauben gegen den Fachkräftemangel – beispielsweise die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie inklusive flächendeckender Kita-Betreuung, eine Bildungspolitik, in der mehr junge Menschen zum Abschluss geführt werden, sowie qualifizierte Zuwanderung, um dem demografischen Wandel zu begegnen (siehe iwd 14/2022).

IW-Kurzbericht 67/2022

Helen Hickmann, Filiz Koneberg: Die Berufe mit den aktuell größten Fachkräftelücken

iwkoeln.de/top-ten-mangel

Impressum





Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) - Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber Grafik: IW Medien GmbH - E-Mail: iwde@iwkoeln.de - Bezugspreis: E12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 Puruck: Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.



1. September 2022 / #18 / Seite 16 iwd



Top-Liste: Wo Kellner fehlen

Ausgerechnet in der Hochsaison haben viele Gastronomen und Hoteliers in Deutschland nicht genügend Personal. Mehr als 200.000 Arbeitskräfte aus Tourismus, Hotel- und Gastgewerbe haben in der Pandemie die Branche gewechselt – und viele sind nicht zurückgekehrt. Die Zahl der offenen Stellen, für die es keine passend qualifizierten Arbeitskräfte gibt, lag im Juni 2022 bei rund 7.600. Besonders für Hotel- oder Gastronomiebetriebe in Mecklenburg-Vorpommern gestaltet sich die Suche nach Personal schwierig: Für mehr als jede zweite Stelle gibt es derzeit keine passende Arbeitskraft. In Sachsen, im Saarland und in Sachsen-Anhalt ist die Situation ähnlich angespannt. Der traurige Spitzenreiter auf Städteebene ist Würzburg: Dort können fast 84 Prozent der offenen Stellen nicht besetzt werden. Weniger dramatisch sieht es dagegen in Nordrhein-Westfalen und in den Stadtstaaten aus.





sind im Juli 2022 die Preise für Schulhefte und Zeichenblöcke im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen.

Damit war die Teuerungsrate nahezu doppelt so hoch wie die allgemeine Inflationsrate von 7,5 Prozent. Das dürfte auch an der anhaltenden Papierknappheit und den gestiegenen Kosten in der Papierproduktion liegen. Für Stifte, Farbkästen und Füller mussten die Bundesbürger zum diesjährigen Schuljahresstart "nur" 5,2 Prozent mehr zahlen als noch im Juli 2021, für Schulranzen waren es 4,7 Prozent mehr.



Eine Steuer mit vielen Problemen

Durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine sind die Energiepreise so hoch wie nie. Das gilt gleichzeitig allerdings auch für die Gewinne vieler Energiekonzerne. Um diese Zusatzprofite abzuschöpfen und umzuverteilen, fordern viele nun für Deutschland eine Übergewinnsteuer. Doch die würde zu jeder Menge Problemen und viel Willkür führen, wie auch der Blick ins Ausland zeigt. Näheres zu den Gründen lesen Sie unter iwd.de/uebergewinnsteuer.